Zeitschrift: Schweizerische Kirchenzeitung : Fachzeitschrift für Theologie und Seelsorge
Herausgeber: Deutschschweizerische Ordinarienkonferenz
Band: - (1878)
Heft: 50

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Abonnementspreis:
Für die Stadt Solothurn:
Halbjährl.: Fr. 4. 50.
Vierteljährl.: Fr. 2. 25.
Franco für die ganze Schweiz:
Halbjährl.: Fr. 5. —
Vierteljährl.: Fr. 2. 90.
Für das Ausland:
Halbjährl.: Fr. 5. 80

Schweizerische

Kirchen-Zeitung.

Einrückungsgebühr:
10 Gts. die Petitzeile
(8 Pfg. RM. für Deutschland.)

Ersteint
jeden Samstag
1 Bogen stark.

Briefe und Gelder
franco.

An die verehrl. Leser der Schweizerischen Kirchen-Zeitung.

Mit hochw. Herrn Regens **Dr. Reiser**, der auch bei seiner Uebersiedlung nach Luzern uns werththätige Unterstützung und Mitwirkung zugesichert hatte, ist ein hervorragender Mitarbeiter an der „Schweiz. K.-Ztg.“ in's Grab gestiegen. Der Hingeschiedene hatte die Wichtigkeit eines centralen vaterländischen Organes zur Besprechung kirchlicher Fragen und Ereignisse tief erfaßt, nicht nur als Ehrensache des schweizerischen Clerus, sondern auch als ein Unternehmen von eminent praktischer Bedeutung. Darum hatte er demselben noch in vorgerücktem Alter mit jugendlichem Feuer seine Feder gewidmet. Mögen die Worte voll Kraft und Geist, die er während einer Reihe von Jahren in diesem Blatte niederlegte, als heilige Saat fortkommen und Frucht bringen!

Für die Freunde und Verehrer des Verstorbenen aber scheint uns in dieser seiner Stellung zur „Schweiz. Kirchen-Ztg.“ die eindringliche Mahnung zu liegen: auch sie möchten diesem Blatte ihre Mitwirkung zuwenden und treu und ausdauernd die Redaktion unterstützen, welche zur Fortführung ihrer schwierigen Aufgabe bereits durch Zuzug neuer Kräfte gestärkt wurde.

Im Gegensatz zu den politischen Tagesblättern ist die Kirchen-Zeitung, als Specialblatt, auf einen relativ kleinen Abonnentenkreis angewiesen. Schon hiedurch ist sie über jeden Verdacht erhaben, ein „geschäftliches“ Unternehmen zu sein. Die Herausgeber sind zufrieden, wenn die Auslagen gedeckt werden; sie haben nur den einen Zweck und den einen Ehrenpunkt, den kirchlichen Interessen unsers Vaterlandes, zunächst im Kreise des hochw. Clerus, wirksam zu dienen und auf publizistischem Gebiete die katholische Kirche der Schweiz in nützlicher Weise zu repräsentiren. Um so begründeter ist dann aber auch ihr Wunsch, es möchten zunächst alle Priester der deutschen Schweiz zur Verbreitung des Blattes beitragen, und sich nicht durch Bedenlichkeiten mindern Belanges abhalten lassen, einem Organe ihre Gunst zuzuwenden, welches der Hochwürdigste Schweiz. Episcopat huldvoll zu empfehlen geruht hat.

Einem vielfach geäußerten Wunsche entsprechend, wird vom künftigen Neujahr an nicht nur das Format der Kirchenzeitung geändert und das frühere, beliebtere Format wieder eingeführt, sondern auch monatlich eine Beilage pastorellen und liturgischen Inhaltes als „schweizerisches Pastoralblatt“ den tit. Abonnenten — ohne Preiserhöhung — zugesandt werden.

Die Herausgeber der „Schweiz. K.-Ztg.“

Der Seelsorger und die Jugend- erziehung.

(Conferenz-Arbeit von B. L.)

II. Hindernisse und Schwierigkeiten in der Ertheilung des Religionsunterrichtes und der Jugend-erziehung.

Ich rede nur von den äußern Hemmnissen, nicht von den innern Schwierigkeiten, welche die Jugend-erziehung stets und überall in sich schließt. Wären auch die äußern Verhältnisse die allergünstigsten, die christlich-religiöse Jugend-erziehung bleibt immer ein schweres Werk, theils wegen der Unwissenheit des Kindes und der Verberbtheit der menschlichen Natur, theils wegen der geheimnißvollen Wahrheit, in die das Kind eingeführt werden und wegen des hohen Zieles, das es erreichen soll. Neuzere günstige Verhältnisse setzen aber den Seelsorger in den Stand, die innern Schwierigkeiten leichter zu beherrschen. Wenn aber mit den in der Sache selbst liegenden Schwierigkeiten sich auch noch ungünstige äußere Verhältnisse vereinigen, so ist das Werk doppelt schwer und mühsam.

Es ist nun die Frage: Wie sollten die äußern Verhältnisse sein und wie sind sie in Wirklichkeit?

1. Wie sollten die äußern Verhältnisse sein?

Kurz gefaßt geht meine Ansicht dahin:

Kirche und Staat sollen in freundschaftlicher Beziehung zu einander stehen und einander gegenseitig unterstützen. Denn beide haben den nämlichen Menschen zum Realobject. Dieser Mensch hat nun eine doppelte Seite: eine geistige und eine leibliche; ein doppeltes Ziel: ein himmlisches und ein irdisches — und bedarf zweifacher Kräfte: übernatürlicher und natürlicher. Die Kirche hat nun besonders das himmlische Ziel des Menschen im Auge; der Staat hauptsächlich das irdische. Es kann aber das irdische Ziel, d. h. das irdische Wohl des Einzelnen wie der Gesellschaft nicht erreicht werden, wenn nicht zugleich das ewige Ziel angestrebt wird, d. h. wenn nicht der Mensch und die Menschheit religiös und sittlich sind. Als einzigen Beweis führe ich Ihnen, m. H., nur die französische Revolution an. Aber auch des Menschen übernatürliches Ziel kann, allgemein gesagt, nicht erreicht werden, wenn nicht auf natürlichem Gebiet Ordnung herrscht, resp. erzwungen wird. Der Schöpfer hat aber dadurch, daß er den Menschen als leiblich-geistiges Wesen erschaffen wollte, auch gewollt, daß Leib und Seele ihr Ziel erreichen. Es hat daher die Kirche ein Recht auf das Kind, aber auch der Staat in seiner Sphäre.

Allerdings steht die Seele höher als der Leib, wie auch das himmlische Ziel höher steht, als das irdische und demzu-

folge stehen Recht und Pflicht der Kirche, bezüglich der Jugendziehung, höher als die des Staates.

Aber wie die Ordnung einmal durch Gottes Willen in der Welt festgesetzt ist, dürfen wir dem Staat das Recht und die Pflicht nicht absprechen für seine heranwachsenden Bürger Gesetze zu erlassen und es zu ermöglichen, daß die Staatsbürger ihre natürlichen Fähigkeiten entwickeln und eine ihrem irdischen Lebensberuf entsprechende Schulbildung erlangen können.

Der Kirche aber steht es allein zu, über den religiösen Unterricht Anordnungen zu treffen, weil dieser Unterricht zunächst das übernatürliche Ziel des Kindes und des Menschen betrifft und sie hierin allein von Gott beauftragt ist und die entsprechenden Mittel besitzt.

Ferner ist die staatliche Behörde kein Abstraktum, sondern besteht aus Christen resp. Katholiken, welche der Natur der Sache gemäß keine ihrer Religion feindliche Schulgesetze aufstellen und Anordnungen treffen, sondern dafür besorgt sein sollen, daß der religiöse Geist die ganze Schulgesetzgebung durchbringe.

Ferner soll der Staat die Kirche in Ertheilung des religiösen Unterrichtes und Förderung der christlichen Erziehung in seinem eigenen Interesse unterstützen, da durch die religiös-christliche Erziehung allein die Kinder zu gestifteten Staatsbürgern heran wachsen.

Insbondere soll der Staat die nöthige Zeit zum Religionsunterricht einräumen, die von der Kirche weiße geforderte Zeit zum Gottesdienst der Kinder nicht verkürzen, durch den Lehrer dem andererseits vielseitig beanspruchten Seelsorger nachhelfen im Unterricht, in der Aufsicht etc.

Die Kirche hinwiederum bestimmt die Religionshandbücher, die Zeit zur Ertheilung des Religionsunterrichtes, zu den praktischen Religionsübungen und geht durch ihr Organ, den Seelsorger, dem Lehrer liebevoll an die Hand.

Dieses freundschaftliche Verhältnis zwischen Kirche und Staat und ihren Abzweigungen ist das allein naturgemäße und erspriechliche. Dieses Verhältnis allein wirkt günstig auf die Kinder. Auf diese Weise kann die Jugend zu gut. n. katholischen Christen und treuen

Staatsbürgern herangebildet, zeitlich und ewig glücklich gemacht werden.

Vor 30—40 Jahren war dies freundschaftliche Zusammenwirken in unserm Lande noch vielfach vorhanden.

Die Kirche war noch Herr und Meister in Allem, was den Religionsunterricht anbelangt; alle Tage war die erste Stunde dem Katechismus oder der biblischen Geschichte gewidmet. Mancherorts besorgte der Lehrer das Abfragen und Auswendiglernen des betreffenden Stoffes, ging alle Tage mit den Kindern zur hl. Messe, alle Samstage betete er mit ihnen in der Kirche oder in der Schule den Rosenkranz und beaufsichtigte die Kinder beim Gottesdienst. Pfarrer und Lehrer waren darin gleicher Ansicht, daß nur durch ächt religiöse Erziehung das allseitige Wohl der Kinder erreicht werden kann und die Erfahrung hat es vielerorts bewiesen, daß die Kinder auch in den übrigen Schulfächern nicht zurückgeblieben sind, sondern was praktische Tüchtigkeit betrifft, zu glänzenden Resultaten gekommen sind, als heutzutage.

2. Betrachten wir nun übersichtlich die tatsächlichen äußeren Verhältnisse, welche auf die Jugendziehung Einfluß haben und wir werden sehen, daß sie anders sind als sie waren und als sie sein sollten.

Ueber diesen Punkt ließe sich lange und schwere Klage erheben. Ich will aber mein Klagegedicht möglichst beschränken und lieber das betonen, was zu thun ist. Die allgemeine Zeitströmung, m. H. kennen Sie so gut wie ich. Die Strömung geht stark nach unten, dem Indifferentismus, dem Materialismus und dem Atheismus zu. Sie wird befördert durch eine ungläubige Philosophie, eine verkommene Presse und eine grundsatzlose Nützlichkeitspolitik. Die ideelle Geistesrichtung hat keinen Schwung mehr, es gilt nur mehr das Materielle, das sich für das Leben verwerthen läßt. Was nicht für den Augenblick nützen kann, scheint keinen Werth zu haben.

Diese materialistische Richtung hat sich nun auch vielfach der staatlichen Bildungsanstalten bemächtigt und treibt ihre unseligen Früchte. Als Beleg hierfür diene Folgendes: Im Oktober des Jahres 1865 war in Lüttich eine große internationale Versammlung von Stu-

denten aus Frankreich, Belgien und Holland. Eine ihrer Resolutionen hieß: „Wir bekennen uns offen zum Materialismus. Wir sind Revolutionäre, Sozialisten, Atheisten. Die rothe Fahne ist das wahre Banner der Freiheit. Es lebe Danton, Robespierre und alle jene Helden von 1793. Ihr Beispiel muß man befolgen, um den letzten Rest von Autorität abzuschaffen, sei's auch in Strömen von Blut.“

Ein anderer Beleg: Im Jahre 1876 bildete sich in Florenz ein Verein junger Leute unter dem Titel: „Schüler des Satans.“ Ihr literarisches Organ heißt: „Der Satan.“ Ihr Zweck ist: Bekämpfung des religiösen Glaubens und Verbreitung der Anschauung, daß man keines Gottes und keiner Religion bedürfe.

Dies sind nur zwei Ausbrüche aus dem Vulkan moderner Zeitströmung, sie lassen aber hinreichend schließen auf den Inhalt des Kraters, aus dem sie ausgeworfen worden.

Diese Geistesrichtung hat sich verkörpert, besonders im Culturkampf, der seit 1871 in's Leben gerufen, über Deutschland und die Schweiz sich ausgebreitet hat und auch andere europäische Länder heimzusuchen droht.

Der christlich-religiösen Jugendziehung hat er unter anderm auch dadurch tiefe Wunden geschlagen, daß vielerorts die Ordensleute beiderlei Geschlechtes, die für Erziehung der Jugend so segensreich gewirkt hatten, vertrieben wurden.

Mag auch dieser verderbliche Culturkampf, wie wir zu Gott hoffen wollen, seine Schärfe verlieren oder ganz wegschmelzen, der Geist, aus dem er herausgewachsen, kann und wird nicht so leichten Kaufes etwa durch SS oder Concordate weggeschafft werden; ein anderer Geist muß diesen zerstörenden Geist vertreiben und ersetzen und dies ist das Werk von Jahrzehnten.

In unserer Schweiz hat dieser Culturkampfes-Geist die Bundesverfassung von 1874 und mehrere Kantonsverfassungen hervorgebracht, in welchen manche der religiösen Jugendziehung sehr hinderliche Bestimmungen enthalten sind.

In Art. 27 der neuen Bundesverfassung heißt es z. B.: „Die Kantone

sorgen für genügenden Primarunterricht, welcher ausschließlich unter staatlicher Leitung stehen soll. Derselbe ist obligatorisch. . . Die öffentlichen Schulen sollen von den Angehörigen aller Bekenntnisse ohne Beeinträchtigung ihrer Glaubens- und Gewissensfreiheit besucht werden können.“

Prinzipiell ist hierdurch die Kirche aus der Schule ausgeschlossen und die Primarschule konfessionslos erklärt. In der Praxis sind freilich die letzten Consequenzen dieses § noch nicht gezogen (wenigstens vielerorts nicht) aber sie können und werden gezogen werden, wenn nicht kräftige Reaction entgegentritt.

Obiger Art. 27 befriedigte auch wegen seiner allgemeinen Fassung keine der beiden Hauptparteien in der Schweiz. Die Conservativen mußten sich fügen und die Radikalen nahmen neue Anläufe in Volksvereinen, Lehrervereinen, in der Presse u. s. w., um ein neues verschärftes eidgenössisches Schulgesetz zu veranlassen, wodurch alles Confectionelle aus der Schule verbannt, die Geistlichen und Ordenspersonen ausgeschlossen und eidgenössische Lehrerseminarien errichtet werden sollen nebst eidgenössischen Inspektoren und eidgenössischen Religionsbüchern.

An manchen Orten suchten die Behörden unterdessen auf Abschlag bis auf weiteres mit konfessionslosen Religionshandbüchern sich zu behelfen; so im Kt. Argau. Die Lehrerschaft des Kt. Zürich ist zum großen Theile atheïstisch. In Genf, wo die kathol. Privatschulen geschlossen wurden, mußten die 12000 Schul-Kinder am 2. Juli d. J. vor dem Standbild Rousseau's diesem Helden der „genialen Lieberlichkeit“ huldigen.

Von großer Tragweite ist ferner die Erscheinung der „Schweiz. Lehrerzeitung“, welche vielleicht von der Mehrheit der Schweiz. Schulmeister gehalten wird, und auch mehr oder weniger der Ausdruck ihrer Gesinnungen ist.

Eine Resolution des Schweiz. Lehrervereins von 1876, wo über 1000 Lehrer anwesend waren, lautet: „Das Erste was dem Bunde zu thun obliegt, ist, daß er äußerlich die Schule von der Kirche löst.“

Die Lehrerzeitung schreibt: „Der Wunderglaube muß fallen, denn er

schwächt die Vernunft, schwächt den sittlichen Willen, setzt einen willkürlichen also unvernünftigen Gott voraus. Der Wunderglaube ist darum eine Gotteslästerung und eine Schändung der Religion. Auf dem Wunderglauben beruhen viele Kirchendogmen, wie z. B. die acht heidnische Vielgötterei in der Dreifaltigkeitslehre. Die Lehre von der Gottessohnschaft Jesu, von Jesu Hölle- und Himmelfahrt, die Lehre vom ganzen Hölle- und Teufelspuck, von der Auferstehung des Fleisches, die Sühntheorie etc. So die Lehrerzeitung. Und dennoch will dasselbe Blatt den Religionsunterricht als wesentliches Erziehungsmittel in der Volksschule obligatorisch beibehalten wissen; wobei aber der Lehrer Religionsunterricht erteilt. Wie? ist nun leicht zu erkennen.

Sie sehen hieraus, m. H., wessen wir uns zu versehen haben! —

(Fortsetzung folgt.)

Hatte er Unrecht?

1. Der moderne Fortschritt auf pädagogischem Gebiete. Jüngst wurde in einer Sitzung der sehr liberalen Wiener Stadtvertretung die Thatsache konstatiert, daß von 100 Primarschülern, welche nach Vollendung der städtischen Volksschule die Aufnahme in's Gymnasium begehren, kaum 20 die nöthige Vorbildung aufweisen. — Die „freien pädagogischen Blätter“, ein hervorragendes Organ des modernen Schulfortschrittes, rufen in der Verzweiflung nach „Verschärfung des kirchlichen Einflusses auf das Schulwesen“, und gestehen freimüthig ein: „Viel schlimmer kann es nicht mehr werden als es schon ist!! — In der „Badener Abendpost“ entschuldigt ein Pädagoge die 12 aar-ganischen Lehrer, welche zur Zeit wegen unnatürlichen Verbrechen im Zuchthause, resp. auf der Anlagbank sitzen, damit: „solche Vergehen seien in allererster Linie auf krankheitliche Verhältnisse, namentlich des Gehirns und seiner Funktionen, zurückzuführen.“ —

2. Der moderne Fortschritt auf ökonomischem Gebiete. Der Berliner „Börsen Courier“ schreibt: „Wer noch am Vorhandensein eines allgemeinen Nothstandes zweifeln sollte,

der mag dem Berliner Stadtgericht einen Besuch machen und einen Blick werfen in das Manifestationszimmer (wo zahlungsunfähige Kaufleute und Privaten sich unter eidlicher Beiherrung banferot melden). Die unglaubliche Höhe der gegenwärtigen Galamität wird ihm alsbald erschreckend klar werden. Die Ziffer der hier täglich Manifestirenden schwankt, wie uns ein Lokalberichterstatter mittheilt, zwischen 90 bis 100. Bisher wurde in drei Serien geschworen, in jeder Serie eine Gruppe von ca. 25 bis 30 Personen. Da wegen der beschränkten Räumlichkeit diese Zahl nicht mehr erhöht werden kann und die Anzahl der Abfertigten täglich wächst, so ist noch eine vierte Serie eingelegt worden. Einen beklemmenden und niederdrückenden Eindruck macht es, wenn eine Gruppe — ca. 25 Köpfe — in der alle Stände, vom einfachen Arbeiter bis zum ehemaligen Großkaufmann vertreten sind, schwören, daß sie bezugslos geworden sind.“

3. Der moderne Fortschritt auf moralischem Gebiete. Pastor Stursberg in Düsseldorf hat eine Broschüre „Ueber die Zunahme der Vergehen und Verbrechen“ veröffentlicht, worin das Jahr 1871 als Ausgangspunkt und das Jahr 1877 als Schlußpunkt der Vergleichung angenommen wird. In Preußen, dem Lande, wo der moderne Fortschritt des Liberalismus im „Kulturkampf“ seine höchsten Triumphe feiert, hat sich die Zunahme der Verbrechen im Laufe der 6 Jahre nach folgendem Prozentsatze gestaltet:

Verbrechen gegen die Sittlichkeit	294 %
Schwerer Betrug	290 „
Raub und Erpressung	164 „
Mord	138 „
Todtschlag	102 „

Eine Andeutung, wie es gekommen, daß der kirchliche Einfluß auf die Sittlichkeit der Massen so fürchterlich gesunken, gaben im Jahre 1876 zwei junge Sträflinge, welche dem Direktor eines großen Gefängnisses auf die Frage, weshalb sie seit ihrer Confirmation nicht mehr zur Kirche gegangen, zur Antwort gaben: „Ach, was geht uns die Kirche an! Und

die Geistlichen, die müssen doch auch nichts taugen, denn der Bismark läßt sie ja zu Hunderten einsperren.“

* * *
Papst Pius IX. hatte den Syllabus vom 8. Dezember 1864 mit Verwerfung des Satzes geschlossen: „Der römische Stuhl kann und muß sich mit dem Fortschritt, dem Liberalismus und der modernen Civilisation ausöhnen und vergleichen.“ Hatte er Unrecht? —

Die Volksstimme und die Antwort von „Oben.“

Die religiöse Störung eines öffentlichen Gottesdienstes, welche sich die Beauftragten der Genferbehörden zu Chêne-Bourg am 2. April dieses Jahres erlaubt hatten, rief in allen Gauen der katholischen Schweiz einen Schrei der Entrüstung hervor, der sich in zahlreichen Petitionen und Protestationen einzelner Katholiken, ganzer Gemeinden, größerer Volksversammlungen und mehrerer Kantonsregierungen an den hohen Bundesrath kund gab. Das, auf hochobrigkeitlichen Befehl begangene **Satrilgium** von Chêne-Bourg hatte auch die vertrauenseligsten Katholiken aus dem Schlummer geweckt und ihnen gezeigt, was die in den §§ 49 und 50 der Bundesverfassung feierlich garantierte und von den Räten eidlich beschworene Glaubens-, Gewissens- und Kultusfreiheit in der Schweiz zu bedeuten habe.

Die 7 Männer des hohen Bundesrathes haben nun die, von einem ganzen Volke so deutlich begutachtete „Frage“ während vollen 6 Monaten geprüft, um schließlich herauszufinden: es fehle ihnen die Kompetenz, auf den Rekurs einzutreten. —

Wir geben in Nachstehendem die Antwort der hohen Behörde an Herrn Pfarrer Delétraz von Chêne-Bourg sowie an die protestirenden Kantonsregierungen.

I.

Am 2. April d. J. ließ die Untersuchungsbehörde des Kantons Genf in

der Wohnung des Herrn Jean Delétraz in Chêne-Bourg, gewesenen Pfarrers dieser Gemeinde, eine Hausuntersuchung zum Zwecke vornehmen, einige Kultusgegenstände in Beschlag zu nehmen, die vom Kirchenvorsteher von Chêne-Bourg als Eigenthum dieser Gemeinde reklamirt wurden und von denen man annahm, daß sie in der Wohnung des Herrn Delétraz, bezw. in dessen in einem Nebengebäude befindlichen Privatkapelle, wo der römisch-katholische Kultus stattfindet, aufbewahrt werden.

Da nun am genannten Tage in jener Kapelle gerade die fogen. 40stündige Andacht stattfand, so erblickte die römisch-katholische Bevölkerung in der fraglichen Hausdurchsuchung eine absichtliche Verletzung des religiösen Kultus. Es gelangten in Folge dessen zahlreiche Beschwerden an den Bundesrath und die durch jenen Vorgang in einem Theile der Schweiz verursachte Aufregung nahm einen solchen Umfang an, daß der Bundesrath unterm 23. Mai 1878 sich veranlaßt sah, den Staatsrath von Genf zu einer möglichst eingehenden Vernehmung über die Vorkommnisse in Chêne-Bourg einzuladen.

Herr Delétraz selbst reichte darauf einen förmlichen Rekurs bezüglich des eingehaltenen Verfahrens ein, welches gegenüber der in der nämlichen Angelegenheit am 17. Okt. 1874 erlassenen ordonnance de non lieu (Beschluß des Nichtentretens auf gerichtliche Untersuchung) nach Genfergesetz unstatthaft gewesen sei und zugleich mit Art. 49 und 50 der Bundesverfassung im Widerspruch stehe.

Der schweizerische Bundesrath hat heute

in Erwägung:

1. Die Beurtheilung der Frage, ob die in der Wohnung und in der Kapelle des Herrn Delétraz von der genferischen Untersuchungsbehörde vorgenommene Hausdurchsuchung an sich und insbesondere gegenüber der ordonnance de non lieu vom 17. Okt. 1874 gesetzlich statthaft gewesen sei, entzieht sich durchaus der bundesrätlichen Kompetenz: die Frage ist rein richterlicher Natur und wäre eventuell nach Durchlaufung des kantonalen Instanzenzuges

bei dem Bundesgerichte anhängig zu machen. (Art. 59 des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege.)

2. Herr Pfarrer Delétraz behauptet im Weiteren, die gegen ihn vollzogene Hausuntersuchung, so weit sie sich auf die Kapelle und auf die dort befindlichen Kultusgegenstände bezogen habe, schließe eine Verletzung der in Art. 49 und 50 der Bundesverfassung garantierten Grundsätze der Glaubens- und Gewissensfreiheit in sich. — Wäre diese Auffassung eine richtige, so läge selbstverständlich für den Bundesrath die Veranlassung und Verpflichtung vor, gegen bundesverfassungswidrige Vorgänge einzuschreiten, da seine Kompetenzen nicht, wie im Memorial des genferischen Staatsrathes angedeutet wird, von der Kirchenpolitik des Kantons Genf abhängig sind, vielmehr umgekehrt die letztere den Grundsätzen und Vorschriften der Bundesverfassung unterworfen ist.

Der Bundesrath kann jedoch in den Thatsachen, wie sie durch die geführte Untersuchung erhoben sind, eine Verletzung der Glaubens- und Kultusfreiheit nicht erkennen. Zunächst fand der Eintritt der Beamten in die Kapelle lediglich zum Zwecke einer gerichtlichen Nachforschung nach als unterschlagen bezeichneten Gegenständen statt und nichts berechtigt zur Annahme, daß dabei irgendwie die Absicht der Störung von Kultushandlungen bestanden habe.

Grundsätzlich darf die Berechtigung der Staatsorgane nicht angezweifelt werden, unter Umständen auch in Gebäulichkeiten und an Gegenständen, welche für die Feier eines Kultus bestimmt sind, gerichtliche oder polizeiliche Handlungen vorzunehmen.

Eine eigentliche Profanation von Gegenständen, welche der religiösen Verehrung geweiht sind, hat in der Kapelle von Chêne-Bourg nicht stattgefunden, da dem Herrn Delétraz und den ihn assistirenden Geistlichen Gelegenheit gegeben wurde, die geweihte Hostie aus der Monstranz heraus zu nehmen.

Zimmerhin hält der Bundesrath dafür, daß, nachdem Herr Pfarrer Delétraz sich förmlich verpflichtet hatte, die Monstranz herauszugeben, sobald die

„40 Stunden“ vollendet seien, an welcher Thatsache nach dem Stande der Akten kaum zu zweifeln ist, die mit der Beschlagnahme beauftragten Beamten angemessener gehandelt haben würden, wenn sie zwar das Vorhandensein der Monstranz konstatiert, allein die sofortige Wegnahme derselben unterlassen hätten.

Der Bundesrath bedauert, daß in dieser Beziehung nicht mit demjenigen Maße von Rücksicht auf die religiösen Empfindungen vorgegangen wurde, auf welches die verschiedenen Religionsgenossenschaften Anspruch haben und dessen Beobachtung für die Aufrechterhaltung des Friedens unter den Angehörigen derselben von größtem Belange ist —

beschlossen:

Auf den Rekurs des Herrn Delétraz wird Mangel Kompetenz im Sinne vorstehender Erwägung nicht eingetreten.
Bern, den 26. November 1878.

II.

Antwort des Bundesrathes an die Regierungen von Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Zug, Freiburg, Innerrhoden, Tesin und Wallis.

„Getreue, liebe Eidgenossen!

Kurze Zeit nach Veröffentlichung des Schreibens, mit welchem wir die von Papst Leo XIII. anlässlich seines Amtsantrittes an uns gerichtete Zuschrift beantworteten, und unmittelbar auf die von den öffentlichen Blättern berichteten Vorgänge in Chêne-Bourg, kamen uns von den Regierungen der Kantone (die wir oben genannt) im Wesentlichen übereinstimmende Eingaben zu, in welchen über die in verschiedenen Kantonen von Seite ihrer Regierungen der römisch-kathol. Kirche bereitete Lage Beschwerde geführt, und an den Bundesrath das Ansuchen gestellt wurde, er wolle behufs Beseitigung dieser von den römischen Katholiken der Schweiz schwer empfundenen Zustände unter Wiederaufnahme der s. Z. abgebrochenen Verbindungen mit dem päpstlichen Stuhle bei den Regierungen der betr. Kantone seine Intervention eintreten lassen.

Diesen Kundgebungen folgte eine große Menge von Petitionen der katholischen Kantone bedeckt mit zahlreichen

Unterschriften, welche sich über Verfolgungen und Schmälerungen, denen die römisch-katholische Kirche in mehreren Kantonen ausgesetzt sei, beklagten und namentlich gegen die flagrannte Verletzung der Kultusfreiheit in Chêne-Bourg auf das Lebhafteste protestirten.

Nachdem letztere Vorgänge schließlich Gegenstand einer direkten und förmlichen Beschwerde der dabei Betheiligten geworden waren, fanden wir uns in der Lage, in eine nähere Untersuchung derselben einzutreten. Nach Abschluß derselben erledigten wir die Beschwerde durch den von uns unterm 26. Nov. gefassten Beschluß, welchen wir mit Rücksicht darauf, daß ihre Eingabe wesentlich durch eben jene Vorgänge in Chêne-Bourg veranlaßt wurde, beilegend mitzutheilen die Ehre haben.

Was jedoch die allgemeinen Beschuldigungen betrifft, welche gegen mehrere Kantone bezüglich ihrer Gesetzgebung und Verwaltung in Kirchensachen erhoben worden, sowie das an uns gerichtete Begehren, bei diesen Kantonen behufs Aufhebung oder Abänderung gewisser Gesetze und Verordnungen zu interveniren, so ist, ganz abgesehen von dem Inhalt der Begehren, die von der Bundesverfassung dem Bundesrath auf diesen Gebieten angewiesene Stellung eine solche, welche ein Eintreten in jene allgemeinen Klagen und Vorgehen in dem von Ihnen angedeuteten Sinne nicht zulässig erscheinen lassen.

Es liegt in der konstitutionellen Befugniß der Kantone, auf ihren Gebieten das äußere Verhältniß des Staates zu den verschiedenen Kirchen- und Glaubens-Genossenschaften so zu ordnen, wie sie es für angemessen erachten, und der Bund ist nur darüber zu wachen berufen, daß die Glaubens- und Gewissensfreiheit gewahrt und die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen innerhalb der Schranken der Sittlichkeit und der öffentlichen Ordnung vor Allem gesichert bleibe.

Diesen Standpunkt hat der Bundesrath in den zahlreichen Rekursen, die in den letzten Jahren aus dem staatskirchlichen Gebiete vor sein Forum gelangten, und welche eben die in den Eingaben der Kantonsregierungen jetzt im Allgemeinen als verfassungswidrig

angefochtenen Gesetze und Maßnahmen betrafen, bei seinen dahingehenden Entscheidungen wiederholt dargelegt, und daß Festhalten an demselben ist ebenso sehr durch die Achtung vor der Bundesverfassung, als durch die Sorge für die Aufrechthaltung des Friedens in der Eidgenossenschaft aufs Unzweideutigste geboten.

Was endlich die permanente diplomatische Vertretung des päpstlichen Stuhles betrifft, so sind wir zu bemerken veranlaßt, daß wir nicht gesonnen sind, in dieser ausschließlich eidgen. Behörden zustehenden Frage Hand zu bieten, daß es aber den Kantonen nichtsdeshalbweniger frei steht, im einzelnen Falle für den Verkehr mit dem päpstlichen Stuhle unsere Vermittlung in Anspruch zu nehmen.

Wir benutzen den Anlaß, um Sie, getreue, liebe Eidgenossen, sammt uns dem Nachschutze Gottes zu empfehlen.

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes.

* * *

Als Anno 1339 die Berner bei Laupen in Noth waren und Altschultheiß Johannes von Kramburg nach Unterwalden eilte, um bundesgenössige Hülfe zu suchen, erhielt er von der Landsgemeinde die Antwort: „Lieber Herr von Kramburg, ächte Freundschaft beweiset sich in der Noth. Geht nach Bern und sagt euern Mitbürgern, das Volk in den Waldstätten wolle ihnen zeigen wie es denkt.“ — Und am 22. Juli 1499 als die Berner, Solothurner und Zürcher bei Dornach an der Birse in Noth waren, wie lieblich mag ihnen der Zuruf des Zuger'schen Dekans Schönbrunner vorgekommen sein: „Tapfer daran, liebe Eidgenossen, meine Herren von Luzern und Zug kommen.“

Vergleicht man diese damaligen freundschaftlichen „Kompetenzklärungen“ mit dem Inkompetenz-Entscheid der heutigen Eidgenossenschaft an die hilfessuchenden katholischen Bevölkerungen, so wird man sich eines wehmüthigen, bitteren Gefühles nicht leicht erwehren können.

Ueber den Stand des Kulturkampfes in Deutschland.

Trotz der Friedens-Verhandlungen zwischen Rom und dem deutschen Reichskanzleramt wüthet der Kulturkampf zur Stunde noch fort; die Maigesetze werden in voller Strenge gehandhabt und die Klagen des schwer bedrückten katholischen Volkes mehren sich. Und doch hatte der Kaiser, bei seinem Einzuge in Berlin den 5. Dezember, es so nachdrucksam ausgesprochen: „Das Wichtigste ist die Religion! Die religiöse Erziehung muß noch viel tiefer und ernster gefaßt werden; in dieser Beziehung ist auch in unserer Stadt Berlin nicht alles gut bestellt.“

Angesichts dieser Sachlage hielt es das Centrum für seine Pflicht, der preussischen Regierung Anlaß zu bieten, es offen und unumwunden vor dem Lande auszusprechen, ob und wie weit es ihr mit der Pazifikation des Landes in religiöser Beziehung und mit Wiederherstellung der „religiösen Erziehung“, welche durch den Kulturkampf und namentlich durch die Aufhebung der Schulorden so tief geschädigt worden, Ernst sei.

Zu diesem Zwecke stellte das Centrum im preussischen Landtage folgende zwei Anträge:

1. Es sollen die, durch das Gesetz vom 18. Juni 1875 aufgehobenen Artikel 15, 16 und 18 der alten Verfassung wieder hergestellt, und
2. die Ausführung des Gesetzes vom 31. Mai 1875 betreffend Aufhebung der religiösen Orden soll in Bezug auf die am 1. Dezember l. J. noch nicht aufgelösten Ordensniederlassungen, welche sich mit dem Unterricht und der Erziehung der Jugend befassen, bis zu anderweiter gesetzlicher Regelung sistirt werden.

Jene oben erwähnten drei Artikel der alten preussischen Verfassung lauten:

Artikel 15. Die evangelische und die römisch-katholische Kirche, sowie jede andere Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig und bleibt im Besiz und Genuß der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds.

Artikel 16. Der Verkehr der Religionsgesellschaften mit ihren Oberen ist ungehindert. Die Bekanntmachung kirchlicher Anordnungen ist nur denjenigen Beschränkungen unterworfen, welchen alle übrigen Veröffentlichungen unterliegen.

Artikel 18. Das Ernennungs-, Vorschlags-, Wahl- und Bestätigungsrecht bei Besetzung kirchlicher Stellen ist, soweit es dem Staate zusteht und nicht auf dem Patronat oder besonderen Rechtstiteln beruht, aufgehoben.

Auf die Anstellung von Geistlichen beim Militär und an öffentlichen Anstalten findet diese Bestimmung keine Anwendung.

Von verschiedenen Seiten wird das Einbringen dieser Centrumsanträge als inopportun taxirt. Allein die „Germania“ antwortet den Klagen sehr richtig: „Die Centrumsfraktion ist eine politische Partei mit der Aufgabe, die noch bestehenden Rechte und Freiheiten der Katholiken zu verteidigen und die verlorenen wieder zu gewinnen. Diese Pflicht erfüllt das Centrum mit seinen Anträgen.“

Gewiß ist die ehrliche, entschiedene, muthige Pflichterfüllung auch für katholische Staatsmänner die erfolgreichste Diplomatie.

Kirchen-Chronik.

Aus der Schweiz.

Schweiz. „Lügen wie telegraphirt.“ Ich glaube dies Wort stammt von Bismarck dem Erzvater des Kulturkampfes, jedenfalls arbeitet der Draht kräftig in diesem Sinne und Geiste. Die Kdlnerin läßt sich in neuester Zeit aus Rom „telegraphiren“ nach dem Sprachgebrauch des Kulturkampfes: „Mjgr. Bianchi, der Sekretär der Kongregation der Bischümer und Orden, ist seit einigen Tagen zurück und hat dem Papste Bericht über die Lage der Katholiken in der Schweiz erstattet. Er hat die Ueberzeugung gewonnen, daß sämtliche Streitfragen sich schlichten lassen werden, außer einer, nämlich derjenigen bezüglich des Mjgr. Mermillod, dem die Regierung weber die Eigenschaft eines apostolischen Vikars noch die bischöfliche Gerichtsbarkeit über den Genfer Sprengel zuerkennen will. Bianchi sei deshalb der

Ansicht, daß die Kurie diesen Punkt bei Seite lassen soll, um die andern Fragen desto schneller zu erledigen.“

Kaum hat die radikale Schweizerpresse diese Gute weiter „telegraphirt“, so kommt schon das Weibchen nachgeflogen, welches verkündet: „Der Papst habe Hrn. Mermillod eine andere Charge übertragen, um ihn aus dem Friedenswege zu räumen. Die letzte bereits dementirte Nachricht ist ebenso wahr als die erste.“

Aus den Kantonen.

Solothurn. Am Feste der unbesleckten Empfängniß Mariens verschied hier nach langer und schmerzlicher Krankheit der aargauische Domherr, Hochw. Herr Kaspar Mettner, 73 Jahre alt, ein Mann mientwegter Pflichttreue in jeder Beziehung. — Diese Todesnachricht dürfte Herrn Augustin Keller, an dessen Seite der Berewigte längere Zeit als Religionslehrer in Wettingen thätig war, zu ernstern Erwägungen Anlaß bieten! R. I. P.

— Legten Montag Morgen wurde auf der Straße nach Wahlen Hochw. Herr Pfarrersignat Sparr, gew. Pfarrer von Büren, seit 3 Jahren in seiner Heimatgemeinde Grindel wohnhaft, todt aufgefunden. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist derselbe von einem Schlagflusse überrascht worden. R. I. P.

— * Als der bekannte Mathematiker Möllinger auf seinen zahlreichen Irrfahrten sein Glück veruchte im Gebiete der Theologie und einem atheisticalen Elaborate das Tageslicht erblicken ließ, wurde er zwar als Professor in Ruhestand versetzt, aber Hunger durfte er deshalb nicht leiden. Der freigebige Rath von Solothurn setzte ihm eine Leibrente aus, bei welcher man noch ruhig und dankbar den Lauf der Gestirne studiren kann. Als aber Pfarrer Wetterwald als katholischer Priester seine Pflicht erfüllte und deshalb gejagt wurde, ließ ihn derselbe noble Große Rath ohne Brod, obgleich er nach Art. 12 eines gewissen Dekret's über aufgehobene Stifte eine Pension beanspruchen durfte. Später etwa, wenn er unterdessen nicht verhungere, dürfe er nochmals betteln gehen; vielleicht, wenn er recht bußfertig und

demüthig anklopfe, könne er ein kleines Almosen erhalten. Unter den Radikalen hatte einzig Hr. Kaiser so viel Takt für Pensionirung des Petenten zu sprechen, wie er es auch zu Gunsten Möllingers gethan.

* **Luzern.** Ein N. Correspondent von hier im Bund weiß vom Hochw. Herrn Regens Keiser sel. nichts anderes zu berichten, als daß er sowohl in seiner Jugend als in seinem Alter eine „heftige Natur gewesen“ und daß er in späterer Zeit sich von der Partei abgewendet, „welche an der Wiedergeburt der Schweiz arbeitete.“ Davon weiß der Mensch nichts, daß Herr Regens bis zu seinem Tode eine innige Liebe zu seiner Schweizerischen Heimath im Herzen trug und dieselbe auch in den Herzen seiner geistlichen Böglinge zu pflegen suchte, wie ein jeder bezeugen muß, der unter seiner Leitung den Seminarturs machte. Allerdings hat sich Hr. Regens Keiser zur rechten Zeit von jenen Männern losgemacht, die unter der Fahne der Vaterlandsliebe und des Fortschritts das schöne Erbtheil der Schweizerischen Freiheit vernichtet und das Vaterland an den Rand des Verderbens gebracht haben. Das wird ihm aber jeder Ehrenmann als Verdienst anrechnen und ihn nicht nach dem Tode darum bejodeln.

Bern. Der Regierungsrath hat den Präsektoren durch Cirkulare den Befehl ertheilt, die Kirchen im Jura nicht eher öffnen zu lassen, als bis sich die Gemeinden konstituirten haben, ohne jedoch damit abzuwarten, bis in allen Gemeinden der Kirchenrath gewählt sei. Wenn somit eine Gemeinde ihren Kirchenrath gewählt hat und dieser beedigt ist, so hat er alle Vollmacht, die Kirche, sobald ihm beliebt, zu öffnen.

Die Regierung soll ferner ein Cirkular ausarbeiten, welches verordnet, die Stimmregister müssen in dem Sinne geändert werden, daß alle stimmfähigen Katholiken darauf zu stehen kommen. Mit dieser Maßregel will die Regierung dem Uebelstand abhelfen, der sich in mehreren Gemeinden gezeigt, daß den Römisch-Katholischen der Zutritt zur Wahl verweigert wird.

Der Satrap in Pruntrut weiß nun doch noch immer den Katholiken den Eintritt in ihre Kirchen zu verweigern. Er beedigt einfach die gewählten Kirchenträte nicht. Noch immer fordern 6 Pfarngemeinden den Herrn Pascha auf, er möchte seiner Pflicht nachkommen. So eine kleine Mirtur von Bern aus würde wohl Besserung verschaffen — aber —

Für die Gemeinden Reclere und Damvant, Mervelier und Montsevelier haben sich die Gotteshäuser wieder geöffnet, an allen Orten leicht zu begreifende Freude.

— Msgr. Mislin, ehemals Rektor des Collegiums in Pruntrut, ist plötzlich in Wien gestorben. 1836 vertrieben zog er nach Oesterreich, wo er Erzieher in einer der ersten Familien war. Später versah er am Hofe verschiedene Aemter. Hr. Mislin hat auch sehr viel gethan für die kathol. Kirche in Bern, die nun von solchen im Besitze ist, die keinen Heller gegeben.

Bern. Eine Oltnier Deputation, welche Herrn Ed. Herzog wieder als Pfarrer nach Olten zu kommen einlud, habe zur Antwort erhalten: die Rücksichten auf das bischöfl. Amt auf die theolog. Bernerfakultät, auf die Gemeinde Bern, sowie auf die kantonalen und eidgenössischen Verhältnisse (sic!) machen dem Herrn das Verbleiben in Bern zur Pflicht. — Der Muth, mit welchem Herr Ed. Herzog auch heute noch am hohen Bewußtsein von der Wichtigkeit seiner Mission festhält, erinnert fast an den Herzog Wallenstein: „Nacht muß es sein, wo Friedlands Sterne strahlen.“

Margau. Spreitenbach. Letzten Sonntag fand hier die feierliche Weihe des neuen Kirchengeläutes statt — ein Freudentag für die wackere Gemeinde.

St. Gallen. Letzten Sonntag wählte die Kirchengenossenversammlung von St. Georgen auf die durch Resignation erlebte Fikialspründe den Hochw. Hrn. Rügge, Pfarrer in Ganterswil. Gleichzeitig faßte dieselbe den aner kennenswerthen Beschluß, den Gehalt auf 1700 Fr. zu erhöhen.

Hochw. Hr. Resignat Mathias Egger, der sich in seine Heimathgemeinde Eggerriet zurückgezogen hat, soll schwer krank darniederliegen. —

Graubünden. Chur. (Vf.) Mit dem Anfang des neuen Jahres tritt der Personalwechsel in der hiesigen bischöflichen Kanzlei ein. An die Stelle des demissionirenden Kanzlers, des Hochw. Hrn. Canonicus Meinrad Appert, der seit 20 Jahren der Kanzlei vorstand, tritt der Hochw. Hr. Franz Constantin Rampa, derzeit Professor der Gregese und des Kirchenrechtes am hiesigen Priesterseminar. In einem bezüglichen Circularschreiben an den Hochw. Clerus der Diözese Chur zollt der Hochw. Bischof den hohen Verdiensten des abtretenden Hrn. Kanzlers um die Diözese seine volle Anerkennung und zeigt die Vererbung des Hochw. Hrn. Rampa zum Amte eines Kanzlers und Offizials an, da dessen gründliche Kenntniß des kanonischen Rechtes, dessen reiche Erfahrung in pastoreller Hinsicht und dessen Gewandtheit in den alten wie neueren Sprachen denselben für die zu besetzende Stelle besonders geeignet und befähigt erscheinen ließen.

Schwyz. (Vf.) Die Pfarngemeinde Lachen wählte den bisherigen Kaplanei-Provisor, Hochw. Hrn. Scharnberger, zu ihrem definitiven Kaplan.

Genf. In der letzten Sitzung des Großen Rathes kündete H. Fazy eine Motion auf Unterdrückung des Kultusbudget an. Herr National-Bischof Herzog wird diese Motion aufs freudigste begrüßen, weil damit die beste Gelegenheit geboten wird, einen schweren Vorwurf, der seiner nationalen Klerisei seit Beginn ihrer Existenz in's Gesicht geschleudert worden, thatsächlich zu wiederlegen. Entzieht ihr der Staat die bisherigen Subventionen, und beilegen sich die Alt Katholiken mit freiwilligen Beiträgen aus der eigenen Tasche den Ausfall zu decken, dann ist ja der Beweis erbracht, daß die „Nationalkirche“ nicht ein importirter papierener Balor mit Zwangskurs, sondern eine wahrhaftige Landesmünze ist.

— Der altkatholische Vikar Mehudin daselbst ist in's Leid gekommen, der Tod hat ihm diejenige entrisen, die er für seine Religion eingetauscht. Möge ihn bald eine andere trösten!

Tessin. Die bischöfliche Behörde von Chur hat in Schreiben vom 23. Nov. die Regierung von Tessin gebeten, die erforderlichen Schritte zu thun, um aus der Hinterlassenschaft eines gewissen Herrn Joffa eine große Anzahl Werthpapiere und Dokumente zu requiriren, welche der Verstorbene in der Eigenschaft eines Verwalters der Güter der bischöflichen Tafel unter Mißbrauch des Vertrauens unrechtmäßig aus dem bischöflichen Archive in Chur entwendet hatte. Zugleich wird aufmerksam gemacht, daß etwaige Ankäufer solcher Papiere dieselben an den rechtmäßigen Besitzer zurückzustellen haben. Das ist derselbe Joffa, dessen Lob und Ehre die ganze radikale Presse sang, als er von der Tessiner Regierung wegen anderer Unterschleife belangt werden sollte.

✠ **Aus und von Rom.** (9. Dez.) Papst Leo XIII. so milde er mit Andern ist, so strenge ist er mit sich selbst. Er arbeitet mit außerordentlichem Eifer und Ausdauer. Wenn er nicht an seinem Büreaufisch schreibt, so diktiert er seinen Schreibern, während er in seinem Zimmer auf- und abgeht. Es gibt Tage, wo er mehrere Stunden nacheinander ununterbrochen diktiert. Der Papst braucht zwei und selbst drei Sekretäre; ein einziger könnte der Aufgabe nicht genügen. Leo XIII. will immer einen an seiner Seite, selbst bei der Tafel, während welcher ihm sein Sekretär seine sehr voluminöse Privatkorrespondenz vorlesen muß. — Dabei nährt sich Leo XIII. mit sehr geringer Speis und Trank. Wenn er gekochtes Fleisch isst, verzichtet er auf einen Braten und so umgekehrt. Des Abends trinkt er zwei oder drei frische Eier. Er trinkt nur den Wein, welchen er schon in Perugia gewohnt war und welcher „Asprino“ der „Herbe“ genannt wird. Dieser Wein wird von den Trauben gewonnen, welche auf dem Gebirge in Perugia wachsen und nicht zur Reife gelangen. Der Papst behauptet, daß

der „Asprino“ die Verdauung befördere und die besten Weinsorten könnten ihm nicht diesen Wein ersetzen. — Auch hält Leo XIII. keinen Hof um sich und zeigt sich nur bei wichtigen Anlässen mit Karbinälen und Prälaten umgeben. Mit dem Gelde ist er für sich sehr sparsam, um desto wohlthätiger für andere sein zu können. Obwohl die Einnahmen des Peterspfennigs bedeutend abgenommen haben, vergißt der hl. Vater doch keiaen Augenblick die Pflicht des Wohlthuns. Unlängst hat er dem Priester Bosco, welcher bei Turin ein großes Waisenhaus unterhält, aber in letzter Zeit mit Noth zu kämpfen hatte, 2000 Frs. für dessen Kleine übersendet. Noch rührender ist Leo XIII. Mitleid in einem andern Falle. Dem Papste wurde mitgetheilt, daß sich die piemontesische Gemeinde Gorzegno in Folge der Ueberschwemmung des Vormidasflusses in größter Noth befinde. Wohl selbst ohne Geld, befahl der hl. Vater dem Cardinal Rina, er möge den Redacteur Margotti von der Unita beauftragen, 500 Frs. von der Peterspfennigsammlung dieses Blattes vorweg abzugeben und diese Summe dem Bischof von Alba beauftragt Uebermittlung an die Ueberschwemmen zu übersenden. Ebenso ist der hl. Vater bemüht, arme Künstler zu unterstützen, die zu Rom bei der Geschäftsalamität jetzt oftmals darben. Durch besonderes Decret ist denselben auch der Besuch der vaticanenischen Sammlungen bedeutend erleichtert worden. —

Bei diesem Anlasse finden wir es in unserer Pflicht, eine größere Theilnahme der Geistlichen und Gläubigen für die Sammlung des St. Peterspfennigs anzuregen. Wir führen hiefür das Zeugniß und die Aussprüche des Kardinals Manning aus England und des Erzbischofs von Bamberg an, welche beide sich in neuerer Zeit in Rom persönlich von der Sachlage überzeugten.

„Wir wissen aus sicherer Quelle, so schreibt das Organ des Kardinals Manning, daß das aus fundirtem Eigenthum stießende jährliche Einkommen gänzlich unzureichend ist, die nothwendigsten gegenwärtigen Ausgaben des Haushaltes und der Regie-

„nung des hl. Stuhles zu bestreiten, ja wir wissen sogar, daß es bereits nothwendig geworden ist, von dem angelegten Kapital zu entnehmen, und daß in kurzer Zeit dieses Kapital selbst gänzlich aufgezehrt wird, wenn die Gläubigen, von der Noth des hl. Stuhles unterrichtet, nicht ihre Pflicht thun, denselben in ehrenvoller Weise zu unterstützen. Der Peterspfennig ist „die letzte Rettung“ des gegenwärtigen Zustandes der Unabhängigkeit des im Vatican eingeschlossenen Pontifikats. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß der Bericht in allen Ländern das Gewissen der Katholiken anregen wird, schleunigst ihre heiligen Pflichten gegen den hl. Stuhl zu erfüllen.“

Und der Erzbischof Friedrich von Bamberg, der bekanntlich jüngst in Rom ad limina Ss. Apostolorum war, hat nach seiner Rückkehr in seine Diözese einen Hirtenbrief erlassen, in welchem er die Tugenden des heiligen Vaters verherrlicht, die erhaltende Macht des heiligen Stuhles in den Wirren der Zeitverhältnisse preist und zu festem Anschluß an denselben mahnt. Am Schlusse seines schönen Pastorales sagt der Hochwürdigste Herr Erzbischof: „Ein einziger Stachel sei in seinem Gemüthe zurückgeblieben, es sei dies die schwere finanzielle Nothlage des heiligen Vaters.“ Er legt es deshalb seinen Diözesanen als eine Ehrenpflicht an's Herz, des hilfsbedürftigen hl. Vaters zu gedenken und in der Darbringung von Liebesgaben nicht zu ermatten.

Die Fabrikanten der Fabeln aus dem Vatican sind in letzter Zeit wieder außerordentlich thätig gewesen. Wir sind in der angenehmen Lage, heute die Geduld unserer Leser abermals mit einer Menge Berichtigungen und Dementis zu ermüden, und doch ist dieß nothwendig, um die öffentliche Meinung gegen die Fabelfabrikate zu schützen.

So verbreitete das liberale Correspondenz-Comité dieser Tage durch seine dienenden Blätter in die ganze Welt die Mittheilung:

„In aller Heimlichkeit hat Pater Curci sich zu wiederholten Malen

„von seinem Absteigequartier nahe bei der Engelsbrücke nach dem Vatican begeben, um mit dem hl. Vater zusammenzukommen und ist sodann vorgestern nach Neapel zurückgereist. Ueber den Gegenstand der Besprechungen ist kaum ein Zweifel möglich: die politische Frontveränderung des italienischen Clericalismus beherrscht das gesammte Interesse des Augenblicks. Die Wichtigkeit, die der Vatican dieser Wendung beilegt, kann kaum hoch genug gedacht werden. Sie hat außer der praktischen ihre principielle Seite, und um diese letztere vor übeln Deutungen zu schützen, sind an die Nuntiatoren bereits geheime Weisungen versandt worden, damit sie scrupulösen Anfragen über den betreffenden Punkt Rede und Antwort stehen können. Zwischen den beiden Richtungen aber, die über die Zulässigkeit der neuen Politik streiten, tobt ein wüthender Sturm, der den Vatican aufregt und das h. Colleg selbst in zwei Parteien spaltet. Die Jesuitenpartei steift sich darauf, daß die Gelegenheit keine Opportunitätsfrage sei, sondern eine principielle Bedeutung habe. Das Aufgeben der Haltungspolitik schließe einen Verzicht auf die weltliche Herrschaft ein, und zu einem solchen sei kein Papst berechtigt.“

Der Inhalt vorstehender Correspondenz steht mit der Wahrheit im Widerspruch. 1. Die dort behaupteten Beziehungen des Pater Curci zum Vatican bestehen nicht; es wäre daher nicht nothwendig, daß Pater Curci aus diesem Grunde sein Absteigequartier nahe bei der Engelsbrücke nähme. 2. Die dort erwähnten Instructionen an die Nuntiatoren sind nicht erteilt. 3. Die dort behauptete Spaltung des hl. Collegs besteht nicht. 4. Die dort behauptete Anstrengungen der Jesuitenpartei und die angebliche Aenderung der Principien, die überhaupt nicht in Frage stehen, entbehren gleichfalls der Wahrheit. Die Principien bleiben unveränderlich. Es handelt sich in dem gegenwärtigen Augenblicke nur um die Opportunität, einer event. Theilnahme der italienischen Katholiken an den politischen Wahlen und darüber ist eine

ruhige und gemäßigte Polemik vollkommen zulässig.

Noch bunter treiben es die Fabelfabrikanten mit den Verhandlungen zwischen Rom und Deutschland in allernuester Zeit. Sie verbreiten folgendes Sensations-Telegramm nach allen Weltgegenden:

„Im Vatican nimmt man an, daß die dem Erzbischof von Bamberg gegebenen Instructionen, nach dessen Anweisungen die deutschen Bischöfe handeln sollen, auf einen zwischen dem Papstthum und Deutschland zu Stande gekommenen modus vivendi hinauslaufen. Die Verhaltungslinie, welche die deutschen Bischöfe einschlagen werden, gründet sich auf geheime Abmachungen, welche bereits zwischen dem Vatican und Deutschland festgestellt sind.“

Wir sind im Falle, diesem liberalen Fabel-Telegramm folgendes wahre Telegramm entgegen zu setzen: „Die neuesten telegraphischen Mittheilungen bezüglich der Betheiligung des Herrn Erzbischofs von Bamberg an den Verhandlungen zwischen dem apostolischen Stuhle und Preußen beruhen nach jeder Richtung hin auf einer Mystification.“

Auch das Bismarckfreundliche Tagblatt in Berlin erklärt jetzt die Nachricht, daß die Unterhandlung zwischen dem Reichskanzler und dem Vatican dem Bischof von Bamberg übertragen sei, für un begründet. Dagegen will es wissen, daß die Mission des Herrn Erzbischofs darin bestehe, auf die deutschen Bischöfe, die Capitel und den gesammten höheren Clerus „im versöhnlichen Sinne einzuwirken.“ Zu diesem Behufe sollen Bischöfe und Clerus von Rom aus angewiesen worden sein, den ihnen in Bezug auf ihr Verhalten der weltlichen Obrigkeit gegenüber vom Bischof von Bamberg zukommenden „Verhaltensmaßregeln“ nachzukommen.

Hierauf haben wir auch dem Bismarck-Blatt einfach zu bemerken:

So lange in Deutschland (München) eine Nuntiatoren sich befindet, besteht keine Veranlassung, weshalb die Bischöfe und Metropolitane der verschiedenen Kirchenprovinzen, ihre Verhal-

tungsmaßregeln“ durch die Instructionen „des einen oder andern“ Prälaten, der zu seiner pflichtmäßigen visitation liminum St. Apostolorum sich nach Rom begibt, zu empfangen hätten. Wenn der hl. Stuhl auf dieser von den Bischöfen in ihrem Investitur-Eid übernommenen Verbindlichkeit gerade heutzutage mit dem besten Rechte besteht und dieselbe nöthigenfalls in Erinnerung zu bringen weiß, so bedarf es zur Romreise keiner Ursache, welche außerhalb des eigenen und nächsten Pflichtkreises der einzelnen Kirchenfürsten läge.

Zum Schluß nur noch ein Dementi. Den liberalen Blättern zufolge hätten viele aristokratische Familien, welche bisher als dem Vatican treu geblieben galten, auch an dem Feste und der allgemeinen Freude für die Rettung König Humberts Theil genommen. Wer daraus auf einen Gesinnungswechsel schließen wollte, täuscht sich sehr. Das dem Papste treuergebene römische Volk freute sich lediglich darüber, daß Humbert dem Dolche eines Meuchelmörders glücklich entgangen war. Es handelte sich an diesem Tage ja nicht um das Königreich Italien, oder um die weltliche Herrschaft des Papstes, sondern um einen Protest gegen den verurtheilten Meuchelmord, nicht um den König, sondern um die gesellschaftliche Ordnung, um die Menschheit selbst. Das war der Charakter, den man in ganz Italien diesen Festlichkeiten beilegte und das war auch der alleinige Grund für die Teden, welche in so vielen Kirchen gesungen wurden. Mit allen diesen Festlichkeiten und Freudenbezeugungen sieht es ebenso aus, wie mit dem Briefe, den der hl. Vater Leo XIII. an Humbert durch den Erzbischof von Neapel gerichtet hat. Der Papst gab mit diesem Schreiben kein einziges Prinzip auf, sondern drückte nur seine Freude über die Vereitelung eines Verbrechens und die Erhaltung einer so hochstehenden Persönlichkeit aus, wie die Humberts, welcher auch vom Vatican als Legat in Rom von Piemont, Mailand und Venedig (aber nicht des übrigen Italiens) anerkannt ist.

Rom. 5. d. Obgleich der schweizeri-

Die Bundesrath das Verlangen der katholischen Kantonsregierungen für Wiederherstellung der Nuntiatur in Luzern abgelehnt hat, ist der Vatikan entschlossen, auf der von ihm eingeschlagenen Richtung fortwährend sein Möglichstes für die Wiederherstellung der Beziehungen mit der Schweiz zu thun. (Welcher Depeschenfabrikant mag wohl diese schweizerisch-vatikanische Angelegenheit so hartnäckig zur Quelle seiner Erfindungen machen? bemerkt der „Bund“ hiezu und wir glauben nicht ohne Grund.

Offene Correspondenz. Zwei Einfendungen (über die Feiertagsfrage in Schwyz und „zur Geschichte des römischen Martyrologiums“) folgen in nächster Nummer.

Kalender - Schau für 1879.

Unserm frühern Verzeichnisse empfehlenswerther kathol. Kalender (siehe Nr. 10) können wir heute noch folgende beifügen, die uns nachträglich zugekommen sind:

8) **St. Urnenkalender**, herausgegeben vom Verein zur Verbreitung guter Bücher, mit Bildern. Solothurn, B. Schwendimann.

9) **Wichtfelder Marien-Kalender**. Illustriert, herausgegeben von der bischöflichen Buchdruckerei Cordier in Heiligenstadt.

10) **Monika-Kalender**, illustriert und reichlich ausgestattet, herausgegeben von Ludwig Auer, Direktor des Cassinaeums in Donauwörth.

Lehrlingspatronat des schweizerischen Piusvereins.

1) Lehrmeister, welche Lehrlinge annehmen:

3 Schmiede, 2 Schuster, 2 Küfer, 2 Wagner, 1 Damenschneiderin.

2) Meisterschaften, welche Arbeiter anstellen:

In einer Schmiede 1 Meistergeselle, 2 Schneider.

3) Lehrlinge, welche Meister suchen:

2 zu einem Spengler, 2 zu Buchbinder, 1 zu einem Bäcker, 1 zu einem Müller, 1 zu einem Glaser, 1 zu einem Schreiner, 1 Schreiner zu weiterer Ausbildung, wo möglich mit etwas Lohn, 1

zu einem Dekonom, 1 in ein Handelshaus, 2 Töchter in Familien zur Erlernung der Haushaltung.

4) Arbeiter, welche Arbeit suchen:

2 Schlosser, 3 Schreiner, 1 Schuster, 1 Sattler, 1 Buchbinder, 2 Maler, 1 Metzger, 2 Bäcker, 1 Koch, 1 als Buchhalter oder Sprachlehrer, 3 in Bureau, 3 in ein Magazin, 1 Knecht, 2 Haushälterinnen zu Geistlichen, 1 Zimmermagd, 2 Dienstmädchen, 1 gebildete Tochter in einen Laden oder an ein Büffet, 1 Tochter als Gehülfin zu einer Näherin.

P.S. Anmeldungen ohne Empfehlung von Seite Hochw. Geistlicher oder Vorstände des Piusvereins, sowie unfrankirte Briefe werden nicht berücksichtigt. Ist eine Stelle durch das Patronat besetzt worden, so erluche um baldige Anzeige; für Rückantworten ic. erbitte entsprechende Frankaturbeilage.

7. Dezember 1878.

Die Direktion des Lehrlingspatronats in Jonschwil.

Zu kaufen gesucht.

Der erste, event. die drei ersten Bände der

„**Stimmen aus Maria Saach**“ (Jahrg. 1871 und 72), am liebsten ungebunden. Eine allfällige gütige Offerte erbittet man unter Chiffre E. D. an die Expedition des Blattes. (66²)

Bei **B. Schwendimann**, Buchdrucker in Solothurn, ist zu haben:

Das Kirchenjahr.

Leitfaden für den katechetischen Unterricht der römisch-katholischen Jugend Solothurns.

Preis per Exempl. 15 Cts. per Duzend Fr. 1. 50.

Der Betrag ist in Postmarken einzufenden.

Vorzügliches Mittel gegen Gliedsucht und äußere Verkältungen,

seit kurzem erfunden, ist bis heute das Einzige, das bei richtiger Anwendung leichte Gliedsucht augenblicklich, eine hartnäckige, lange angehaltene, bei Gebrauch mindestens einer Doppelboßs inner 4 bis 8 Tagen heilt.

Preis einer Dofßs, Gebrauchsanweisung und Verpackung Fr. 1. 50, einer Doppelboßs Fr. 3. — Tausende ächter Zeugnisse von Geheilten beim Eigenthümer 17¹² **Walth. Amstalden**, Sarnen, Obwalden.

Sparbank in Luzern.

Diese von der hoch. Regierung des Kantons Luzern genehmigte Aktiengesellschaft hat ein Garantiekapital von Fr. 100,000 in der Depofitentasse der Stadt Luzern laut Statuten hinterlegt.

Die Sparbank nimmt Gelder an gegen Obligationen und Cassascheine und verzinst dieselben zu folgenden Bedingungen:

Obligationen à 5 %

auf 1 Jahr fest angelegt und sodann nach erfolgter Rückzahlung in 6 Monaten rückzahlbar

Obligationen à 4 1/2 %

zu jeder Zeit kündbar und sodann nach 4 Monaten rückzahlbar.

Cassascheine à 4 %

zu jeder Zeit aufkündbar und sodann nach 8 Tagen rückzahlbar.

Zinsberechnung vom Tage der Einzahlung bis zum Tage des Rückzuges, ohne Provisionsberechnung.

Die Verwaltung.

Im Verlage des Unterzeichneten sind soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Sahn-Sahn, Ida Gräfin, Wahl und Führung. Zwei Bände. 8^o. geb. Preis 9 Fr. 40 Cts.

Koch, Wilh., Novellenkranz. Erzählungen. 8^o. geb. Preis 5 Fr. **Laicus, Philipp, Am Geld und Gut.** Eine Erzählung aus der Gegenwart. Zwei Bände. 8^o. geb. Preis 9 Fr. 40. Fr.

Militor, Wilh., Dramatische Spiele. (St. Ursula's Brautsahrt. — Die Villa von Amalfi. — Schön Gundel.) Min.-Ausg. geb. Preis 4 Fr. 40 Cts. In Gallico-Einband 6 Fr. 25 Cts.

Scherer, Graf Th. von, Aus dem Tornister eines Soldaten der Revolutions-Armee. Charakter- und Sittengemälde aus der französischen Schreckenszeit. Drei Bände. **Fünfte Auflage.** 8^o. geb. Preis 5 Fr. 65 Cts. (65) **Franz Kirchheim.**

M a i n z, 1878.

Vorzügl. Festgeschenke aus dem Verlage von **Gehr. G. & J. Benziger in Einsiedeln (Schwyz).**

ROMA. Die Beschichte des schifflichen und des kirchlichen Roms, von **Albert Mühl**, O.S.B. Proschwerk von 575 Seiten in Fr. 40 mit 600 besten Holzschnitten reich illustriert. Mit großer prächtiger Vorder- und Rückseite. „Aber von den Eingangs- (70-80) Seiten. Preis 2 Fr. 40 Cts. — In zwei Bänden: **Erster Band** mit 300 Seiten, Preis 2 Fr. 40 Cts. — **Zweiter Band** mit 275 Seiten, Preis 2 Fr. 40 Cts.

Die (nicht recht) Schagrin-Leder mit Pergamentbündel (1) in 40, mit 575 Holzschnitten, Preis 2 Fr. 40 Cts. (2) in 40, mit 575 Holzschnitten, Preis 2 Fr. 40 Cts. (3) in 40, mit 575 Holzschnitten, Preis 2 Fr. 40 Cts. (4) in 40, mit 575 Holzschnitten, Preis 2 Fr. 40 Cts. (5) in 40, mit 575 Holzschnitten, Preis 2 Fr. 40 Cts. (6) in 40, mit 575 Holzschnitten, Preis 2 Fr. 40 Cts. (7) in 40, mit 575 Holzschnitten, Preis 2 Fr. 40 Cts. (8) in 40, mit 575 Holzschnitten, Preis 2 Fr. 40 Cts. (9) in 40, mit 575 Holzschnitten, Preis 2 Fr. 40 Cts. (10) in 40, mit 575 Holzschnitten, Preis 2 Fr. 40 Cts.

Plus schön, unferer kleben, Stern und Antikares Jesus Christus (1) in 40, mit 575 Holzschnitten, Preis 2 Fr. 40 Cts. (2) in 40, mit 575 Holzschnitten, Preis 2 Fr. 40 Cts. (3) in 40, mit 575 Holzschnitten, Preis 2 Fr. 40 Cts. (4) in 40, mit 575 Holzschnitten, Preis 2 Fr. 40 Cts. (5) in 40, mit 575 Holzschnitten, Preis 2 Fr. 40 Cts. (6) in 40, mit 575 Holzschnitten, Preis 2 Fr. 40 Cts. (7) in 40, mit 575 Holzschnitten, Preis 2 Fr. 40 Cts. (8) in 40, mit 575 Holzschnitten, Preis 2 Fr. 40 Cts. (9) in 40, mit 575 Holzschnitten, Preis 2 Fr. 40 Cts. (10) in 40, mit 575 Holzschnitten, Preis 2 Fr. 40 Cts.

Die beiden durch alle Buchhandlungen, sowie von der Verlags- handlung Gehr. G. & J. Benziger in Einsiedeln (Schwyz).

Bei **B. Schwendimann**, Buchdrucker in Solothurn, ist erschienen und zu haben:

St. Arsen-Kalender auf das Jahr 1879.

Herausgegeben vom Verein zur Verbreitung guter Bücher. Preis per Exemplar 25 Cents., per Duzend Fr. 2. 40.